

Link:

<http://www.welt.de/politik/article5049188/Verdraengungsvokabel-Unrechtsstaat.html>
(eingesehen am 20.11.2009)

Dokumentation

"Verdrängungsvokabel Unrechtsstaat"

Dem von der brandenburgischen Linken als Landesjustizminister vorgesehenen Volkmar Schöneburg (51) wird vorgeworfen, in einem Aufsatz für eine Fachzeitschrift 2002 die DDR nicht als "Unrechtsstaat" eingestuft und die Todesschüsse an der Mauer verharmlost zu haben. WELT ONLINE dokumentiert Schöneburgs Streitschrift aus dem Jahr 2002 in Auszügen.

Volkmar Schöneburg

... Die westdeutsche Politik gab dann im Einigungsvertrag auch die Leitkategorie vor, die für die Strafverfolgung bestimmend war: „SED-Unrechts-Regime“. Die unwissenschaftliche, moralisierende Verdrängungsvokabel „Unrechtsstaat“, diese Vulgärapostrophierung wurde zur Urteilsvoraussetzung in den Grenzerverfahren.

Die Strafprozesse wiederum produzierten ihre Wahrheiten (nicht Kollateralschäden des Staatssozialismus, sondern „Totschlagsopfer“ waren die getöteten Flüchtlinge), die ihrerseits den öffentlichen Diskurs prägen. Dieser wird lediglich noch von Schwarz-Weiß-Klassifikationen bestimmt. „Demokratie“ und „Diktatur“, „Rechtsstaat“ und „Unrechtsstaat“ lassen die wirkliche Geschichte der beiden deutschen Staaten verschwinden?

Die Moralisierung der politischen Öffentlichkeit ist angesagt. Das „moralische Philistertum in Politik und Publizistik“ reduziert die DDR auf „Unrechtsstaat“, „Gefängnis“ und die Grenze auf ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Hingegen werden die eigentlich zu verändernden konservativen Machtstrukturen der BRD der Kritik entzogen. Die BRD wird auf eine „Sonnenscheinversion à la Bundeszentrale für politische Bildung“ zurechtgeschnitten.

Selbst die PDS konnte sich mit ihrer Erklärung zum 13. August 2001 und im Berliner Koalitionsvertrag mit der SPD jener Moralisierung nicht entziehen und unterlag teilweise dem Druck.

Unwillkürlich fallen einem bei dieser Kette die beißenden Worte Rudolf von Jherings zur „Begriffsjurisprudenz“ ein, der von einem mystischen Vorgang spricht, bei dem sich die Rechtsbegriffe schließlich mit ihresgleichen begatten und neue Rechtsbegriffe zeugen.

Denn offensichtlich wird der Einsatz oder Nichteinsatz des Strafrechts durch eine außerrechtliche Logik dominiert. Es hängt nicht unwesentlich von der Qualität der Umbrüche, von Kontinuitäten oder Diskontinuitäten ab, wie intensiv die Strafverfolgung ist. Ziel der herrschenden westdeutschen Politik war es, bei der Inkorporation („Einverleibung“, „Eingemeindung“) der DDR das Institutionengefüge der alten BRD vollständig auf den Osten zu übertragen.

Im Osten sollte sich alles, im Westen nichts ändern. Den Ostdeutschen wurde somit das westdeutsche System in Politik, Wirtschaft und Kultur übergestülpt, verknüpft mit der Entwertung aller ostdeutschen Lebensbereiche. Alles, was mit der DDR zusammenhing, wurde über die Medien verächtlich gemacht. Nichts sollte von ihr übrig bleiben?

Quelle: Volkmar Schöneburg: „Der verlorene Charme des Rechtsstaates“, in: „WeltTrends“ Nr. 34, Frühjahr 2002